



öffentlich

Betreff:

Behindertengerechter Ausbau der Jägerstraße

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 03.06.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.09.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die beiden Gehwege der Jägerstraße zwischen der Charlottenstraße und der Brandenburger Straße so auszubauen, dass beide gefahrlos von Rollstuhlfahrern und Rollator-Nutzern genutzt werden können.

Dazu sind in der Mitte des Bernburger Pflasters auf den Gehwegen Platten in ausreichender Breite zu verlegen.

Außerdem sollen die Bordsteine an der Kreuzung mit der Charlottenstraße so abgesetzt und die Fahrbahn so nutzbar gemacht werden, dass der o.g. Personenkreis die Jägerstraße queren kann.

gez. Michael Schröder
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Anlässlich einer Ortsbesichtigung mit Rollstuhl- und Rollator-Nutzern führten diese in Gegenwart der Öffentlichkeit, Presse und des Behindertenvertreters eindringlich vor, dass sie nur unter großen Schwierigkeiten die Gehwege nutzen und die Fahrbahn queren können. Bereits seit Jahren soll das Problem in der Verwaltung der Stadt Potsdam bekannt sein; trotzdem sei bis heute keine Änderung veranlasst worden